

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 3.80 M., vierteljährl. 11.40 M. Durch die Post monatl. 4.20 M., vierteljährl. 12.60 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Bezugs Nr. 1515, 1516, 1517. — Anzeigenpreise: Die 62 mm breite Kolonnenzeile 60 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.— M.; aufrichtig: 75 Pf. beginnend. Ausland 2.— beginnend. — M. Robert H. Zarth, Sonderbeleggen 15 M. pro 1000.

Nummer 156

Donnerstag, 1. April 1920.

74. Jahrgang

### Morgenrot neuer Ordnung?

Die Gefechtsfähigkeit an der Front der Roten Armee ist seit gestern fast ganz eingestellt. Die Kampftruppen unter den Roten Truppen, die sich schon in den letzten Tagen gezeigt, nimmt immer mehr zu. Die Leute verließen auf eigene Faust die Stellung, bilden vielfach Banden und suchen durch Erpressungen und Plünderungen sich für die Enttäuschung schadlos zu halten. Aus Städten und Dörfern des bedrohten Gebietes laufen bei den Regierungskreisen flehentliche Hilferufe ein. Besonders schlimm haben sich die Dinge in Duisburg zugespielt. Die Bevölkerung verlangt nach dem Einmarsch der Reichswehr. Die Not an Nahrungsmitteln ist schrecklich. Ob es zu einem Einmarsch kommt, ist noch nicht sicher. In München sind neue Verhandlungen im Gange. Die Regierung hat bekanntlich aus Furcht vor dem Generalkrieg die Vorarbeit der Reichswehr zunächst aufgeschoben. Die Generalkriegsgefahr scheint vorläufig beseitigt zu sein. Die Berliner Arbeiterschaft hat sich gegen eine neue Arbeitsübernahme erklärt, sie will aber in Alarmbereitschaft bleiben, das heißt in Drohhaltung gegenüber der Reichsregierung. Die ausländische Arbeiterschaft ist Verhandlungen nicht mehr abgeneigt, aber wie immer in solchen Dingen wirkt die Sorge um das eigene Leben verzögernd auf die Verhandlungen. Der Unabhängige Dr. Moises hat gestern in der preussischen Landesversammlung gesagt: „Wir verlangen Verhandlungen, und wenn sie gescheitert sind, neue Verhandlungen und immer wieder Verhandlungen.“ Er meint, daß die Reichsregierung geneigt ist, nach diesem Rezept zu verfahren. Es gibt ja auch nichts Besseres für eine Regierung in Deutschland, als zu verhandeln und immer wieder zu verhandeln! Es ist sicher der Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, daß Unruhen vermieden werden. Aber die Enttäuschung ist groß und berechtigt, daß man immer wieder darauf zurückkommt, energisch gegen Leute vorzugehen, die ganz offen die Vernichtung unserer Ordnung als ihr Ziel erklären. Vielleicht täuscht sich die Reichsregierung doch, wenn sie glaubt, sie müsse durch endloses Verhandeln mit den Radikalen einer stark nach links abendenden Stürmung im Volke Rechnung tragen. Die Vorstände im Ruhrrevier werden diese vernünftige Einsichtnahme vielleicht nach einer ganz anderen Richtung ablenken.

Bayern hat vor einem Jahr eine vierwöchige Mätherrschschaft durchgemacht. Die Folge war ein starkes Wiederkommen von allem, was Sozialismus heißt. Auch die Demokraten betonen ihren Gegensatz zum Sozialismus. Die Folge dieses Stimmungswechsels in Bayern zeigt sich heute in der Tatsache, daß in der Münchner Regierung keine Sozialisten sitzen. Die Mehrheitssozialdemokratie ist in die Opposition übergegangen. In München hat sich, wie gemeldet, ein sozialer Ordnungsbund gebildet, der in ganz Deutschland Anhänger wirbt. Der Gedanke alle ordnungswilligen Elemente, alleinstimmig welcher Partei sie angehören, zusammenzuschließen, ist jedenfalls auf und zu beachten. Im Süden und im Westen wird der Gedanke starken Widerhall finden. Der Süden und der Westen des Reiches haben in diesen Tagen bewiesen, daß die Mehrheit des Volkes Ordnung, Ruhe und friedliche Arbeit liebt, und die Reaktionen der Räter haben sich stark genug gezeigt, um drohende Unordnung niederzuhalten. Wenn der Süden und der Westen sich zusammenschließen, so können diese Gebiete zum Ausgangspunkt der Befreiung für das Reich werden.

### Vom roten Kriegsschauplatz.

Nach im ganzen Industriebezirk herrscht Generalkrieg. Die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Dorken gelang nicht; es wurden nur unerschütterliche Beschädigungen verursacht. Die Gefangenen, die die rote Armee machte, sind zum Teil entlassen worden, doch befinden sich noch in Essen zweihundert und im Bochumer und Remscheid'scher Bezirk noch viele Gefangene in den Händen der roten Armee. Beim Staatskommissar laufen Notrufe ein, die das Einrücken des Militärs sehr dringlich fordern. Die Unionbrauerei bei Dortmund ist stillgelegt worden. Der Aktionsausschuss erprecht von der Dortmunder Stadtverwaltung 50 Auslandsbände und 50 000 Mark. In Nealinghausen wurden von den Privatbanken 45 000 Mark erprecht. In Duer erschien eine Bande aus Essen mit zwölf unterirdischen Todesurteilen gegen Führer der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Bei Düsseldorf wurde am Dienstag Abend noch gekämpft, auch unter Verwendung von Artillerie. Die roten Truppen zogen sich jedoch an vielen Stellen der Front zurück. Am Montag drangen 250 Mann rote Truppen in Düsseldorf ein, bemächtigten sich der Stadtverwaltung und erprechten von den Banken etwa 50 000 Mark, wurden aber wieder aus der Stadt hinausgedrängt. Seit gestern ist Düsseldorf rubia. In Elberfeld herrscht Generalkrieg. Bisher wurden ungefähr tausend Gewehre abgeliefert. Der Aktionsausschuss ist noch in Tätigkeit. Der Verkehr innerhalb der Stadt wird aufrechterhalten. Auch in Remscheid herrscht Generalkrieg; dort verkehren auch die Straßenbahnen nicht.

Die Bürgermeister von Oberhausen, Remscheid und Mülheim a. d. R. wurden ihres Amtes entsetzt und verließen die Städte.

Der Vollzugsrat in Essen hat die Massen nicht mehr fest in der Hand. In den nordöstlichen Vororten von Essen wurde mit der Waffengewalt begonnen.

Nach einer Meldung aus Essen sind auf dem Wege von Berlin nach Essen 20 Millionen Mark innerhalb des Ruhrgebietes verloren gegangen.

Der Generalkrieg in Mülheim dauert an. Bisher erhielten die roten Truppen die sich noch in der Kaserne und in der Stadt befinden, 250 000 Mark von der Stadt.

Auch in Gelsenkirchen herrscht Generalkrieg.

### Die Lage bei Wesel.

Aus Düsseldorf erfährt das Post-Bureau von zuständigen Seite: Die Lage im bedrohten Gebiet verschlechtert sich dauernd. Die linksradikalen Elemente in den Volkswirtschaften gewinnen an Einfluß. Auf den Versuch, den Oberbürgermeister von Duisburg telefonisch zu erreichen, kam die kanzelnde Antwort: „Können Sie das Gefährliche an!“ Mit Oberhausen ist eine telefonische Verbindung überhaupt nicht mehr zu erlangen. Aus Düsseldorf kommt die Meldung: In der Richtung auf Wesel wird wieder gekämpft. In Duisburg wurde am Samstag Abend von der Roten Armee 1 Million Mark aus der Reichsbank entnommen. In Düsseldorf wird der Einfluß der Unabhängigen im Volkswirtschaftsgebiet gegenüber den Kommunisten zusehends schlechter. Die Lage wird als sehr ernst angesehen.

### Die Berliner Arbeiterschaft alarmbereit.

Berlin, 30. März. Die Volkversammlung der revolutionären Betriebsräte nahm nach längeren Verhandlungen einstimmig eine Resolution an, in der der Generalkrieg abgelehnt wird. Die Arbeiterschaft solle sich jedoch in Alarmbereitschaft halten, um nötigenfalls der bedrohten Bevölkerung im Ruhrgebiet durch einen Generalkrieg in Hilfe zu kommen. Aus den Verhandlungen in der Bericht des Unabhängigen Däumig hervorzuheben, der dringend von einem Generalkrieg abriet, da nach den zurzeit von der Regierung getroffenen Maßnahmen eine akute Gefahr für die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes nicht bestehe. Auch ein Vertreter der Kommunisten, Volker, sprach sich gegen den Generalkrieg aus, zumal durch eine derartige Aktion zurzeit keine Erfolgsfolge zu erhoffen seien.

### Haltung der christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 30. März. Die heute in Essen versammelten Vertreter der Hauptverwaltung und der Bezirke der Gewerkschaft christlicher Arbeiter haben der Reichsregierung ein Telegramm überreicht, worin es heißt: Die Vertreter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter fordern namens ihrer 100 000 Mitglieder, daß die Regierung mit aller Entschiedenheit für die Verhütung der Völscherrschafft und die Schaffung von Ruhe und Ordnung in Deutschlands größtem und wichtigsten Industriegebiet eintrete. Insbesondere hat sie General Watter nicht abgerufen.

### Die Kaiserfrage erledigt.

Das Rot-Büro erfährt, daß der niederländischen Regierung ein Antwortschreiben auf die letzte Note in der Frage der Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers zugegangen ist. Es sei nicht ausgeschlossen, daß dieses als Beendigung des in dieser Frage geführten Notenauslaufs angesehen werden kann. Wie es heißt, besteht es einfach aus einer Empfangsbestätigung der letzten Note und erinnert an die Schwierigkeiten, die der Aufenthalt des Kaisers in der Nähe der Grenze mit sich bringt. Schließlich enthält die Note die ernste Warnung, daß die holländische Regierung verantwortlich sei, wenn infolge eines Mangels an Aufsicht der frühere deutsche Kaiser den ihm angewiesenen Aufenthaltsort verlassen und den Allerten neue Schwierigkeiten in den Weg legen sollte.

### Die Heimkehr aus Sibirien.

Die Botschafterkonferenz teilte dem internationalen Roten Kreuz in einem durch Mitterand unterzeichneten offiziellen Schreiben vom 25. März mit, daß nunmehr die Heimkehr der Kriegsgefangenen in Sibirien jeglicher Nationalität ausdrücklich verbürgt sei.

### Frieden mit Jugoslawien.

Nach einer jetzt eingegangenen Mitteilung der Regierung der serbisch-kroatisch-slovenischen Staaten wurde der Friedensvertrag von Versailles ratifiziert. Die Niederlegung der Ratifikationsurkunde in Paris ist bereits am 10. Februar erfolgt.

### Generalkrieg in Dänemark.

In Übereinstimmung mit dem Erlaß der Gewerkschaften hat der Generalkrieg bereits gestern Abend begonnen, indem die Gesellen in den großen Schwarzbrotbäckereien, sowie die Mannschaft von vier zur 13-jährig bereitliegenden dänischen Dampfern die Arbeit einstellten. Die Partei der radikalen Linken stellte den übrigen Parteien ein Schreiben an, in dem es heißt:

Da die Sozialisten erklärt haben, daß der Generalkrieg beendet werden kann, wenn der Reichstag einberufen und die Wahlschneise angenommen werden würde, fordert die radikale Linke die übrigen Reichsparteien auf, am Samstag vormittag Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, um über das Wahlsystem und die Einberufung des Reichstags zu verhandeln. Die Sozialisten haben diesen Vorschlägen zugestimmt.

### Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 1. April.

**Fünfzigjähriges Jubiläum.** Herr L. Schuster, Rheinstraße 50 hier, begeht am 1. April sein 50jähriges Jubiläum als General-Vertreter der kölntischen Lebens-Versicherungsgesellschaft „Concordia“. Schon im jugendlichen Alter in der Versicherungsbranche tätig, wurde dem Jubilar am 1. April 1870 die General-Vertretung der „Concordia“ für Nassau und den rechtsrheinischen Teil der Rheinprovinz mit dem Wohnsitz in Wiesbaden übertragen. Der General-Agentur folgte der Genannte 1894 die Vertretung der Gothaer Feuer-Versicherungs-Bank und 1915 eine staatliche Lotterie-Einnahme zu. In seiner unermüdeten Tätigkeit hat der Jubilar, der auch heute noch im körperlicher und geistiger Frische seinem Geschäfte vorsteht, dies großer Blüte und Ansehen zugeführt. Die große Beliebtheit, deren sich der Jubilar in weitesten Kreisen der Bevölkerung erfreut dürfte Gelegenheiten zu mannigfachen Ehrungen bieten. Wir schließen uns der Schar der Glückwünschenden an und hoffen, daß dem anstrengenden deutschen Mann noch viele Jahre eines ungetrübten Lebenschlusses beschieden sein mögen.

**Auszeichnung.** Dem Bauverwaltungs-Vorstand, Herrn A. Lepowski, ist unter dem 31. Dez. 1919 durch die General-Ordenskommission das Kriegsverdienstkreuz verliehen worden.

**Die rote Kreuz-Medaille 3. Klasse** wurde an nachstehende Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonne in Wiesbaden verliehen: Polizeiwachmeister Arnold Schaffner, Demuth, Fuhrmann Deuser, Krankenschwester Dillenberg, Messerschmidt Doos, Glaeser, Postler Dinterreger, Schulmeister Höhn, Bräuer Hülp, Vorarbeiter Junfer, Buchhalter Kittel, Postler R. Mayer, Drechsler Th. Fänder, B. Litz, Mechaniker Pfeiffer, Müller Ramsport, Schneider W. Rau, Schuhmachermeister Müller, Schlosser H. Bauer, Hilfsarbeiter H. Schmidt, Installateur Stradow, Polizeiwachmeister W. Weis, Telephonist W. Weber und Schneider A. Wolf.

**Reitensortschuß-Nachlese.** Der Streit bei der Versorgungsstelle Wiesbaden ist noch nicht beendet. Heute finden die rechtsrheinischen Verhandlungen in Köln statt. Die Leitung der Versorgungsstelle Wiesbaden hat mit der Reichsleitung ein Abkommen getroffen, daß die Kasse der Versorgungsstelle an zwei Tagen vor dem Dienst freigegeben wird, um den Kriegsbefehlshabern den für den Monat April 1920 fälligen Vorkauf auszuführen. Demgemäß findet die Anzahlung der Reitensortschüsse für Wiesbaden und die Vororte am Donnerstag, den 1. und Samstag, den 3. April, in ordnungsgemäßer Weise statt. Die Reitensortschüsse sind von 8-12 Uhr vorm. und 2-5 1/2 Uhr nachm.

**Erwerbslosen-Fürsorge.** Der Ausschuss für Erwerbslosen-Fürsorge hat in seiner Sitzung am 26. März 1920 folgenden Beschluß gefaßt: Auf Grund der Reichsverordnung über Erwerbslosen-Fürsorge vom 26. Jan. 1920 wird die Zahlung der Familienzuschläge an auswärtige Arbeitende ab 15. April 1920 eingestellt und nur die Vergütung der Familien weitergewährt. Die Beiräten und alleinigen Ernährern von Familien, die gezugslos sind, in ihrem auswärtigen Beschäftigungsort eine Wohnstätte mieten zu müssen, werden für die zurückbleibenden Angehörigen die Familienzuschläge bis auf weiteres weitergezahlt.

**Geschäftszeit der Handelskammer.** Die Handelskammer steht infolge der kündigt beizugenden Antragsnahme ihrer Geschäftsstelle genötigt, ihre Geschäftsräume künftig nur vormittags für den Verkehr mit dem Publikum offen zu halten, nachmittags jedoch zu schließen, da andernfalls die Erledigung der laufenden Arbeiten erheblich verzögert wird. Den Interessenten wird daher aufgegeben, ihre Besuche und telefonischen Anrufe bei der Kammer in die Vormittagsstunden von 8-1 Uhr zu legen und sich dabei nach Möglichkeit auch an die Sprechzeiten des Sondirus von 9-11 Uhr und der Abteilungsleiter von 9-1 Uhr zu halten.

**Der Hauptgottesdienst der Marktkirche** beginnt bis auf weiteres um 10 1/2 Uhr.

**Ein Zeichen der Zeit!** Ein Duzend Ehehebelungs-terminen fanden gestern vor der 1. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts an.

**Standesamt-Nachrichten vom 31. März.** Sterbefälle. Am 29. März: Ehefrau Anna Gerhardt, geb. Kugelstadt, 30 J.; Witwe Philippine von Jencks, geb. Frisch, 55 Jahre; Bäckermeister Viktor Pafel, 43 Jahre; Dürenbacher Konrad Dehmer, 69 Jahre. Am 30. März: Oberpostkassener Christian Puch, 71 Jahre; Ely Wolf, ohne Beruf, 49 Jahre; Witwe Maria Jans Leichten, geb. Reed, 79 Jahre.

